

**Ehrung von
Rosa und Karl**

13. Januar 2008, 9 – 13 Uhr
Gedenkstätte der Sozialisten
Friedrichsfelde



Fotos: Burkhard Lange

Rechtsextremen nicht die Straße überlassen

Lichtenberg ist ein Bezirk, der sich auf vielfältige Weise mit dem Rechtsextremismus auseinandersetzt. So wurden z. B. im medial verteilten Weitlingkiez, der als Schwerpunkt der rechtsextremen Szene gilt, neue Zentren für Bürgerengagement geschaffen. Dazu gehören:

- das Bürgercafé, Münsterlandstraße 3
- der NeLi-Treff, Margaretenstraße 2
- das Vor-Ort-Büro der Koordinierungsstelle Lichtenberg – Mitte in der KULTSchule, Sewanstraße 43.

Eine sehr gut besuchte Bürgerversammlung zum Rechtsextremismus im Weitlingkiez am 31. Oktober lieferte z. B. viele Anregungen, wie rechtsextremes Denken und Handeln zurückgedrängt werden können. Eine nachahmenswerte Idee war die Aktion, mit der Bürgermeisterin Christina Emmrich und viele junge Mitstreiter gegen rechtsextreme Schmiere-

reien und Plakatierungen im Wohngebiet vorgehen. Den Rechtsextremen nicht die Straße überlassen – dieser Verpflichtung kamen Antifaschisten eindrucksvoll am 17. November in Karlshorst und am 24. November auf dem Münsterlandplatz nach. Die große Empörung darüber, dass Neonazis ausgerechnet das Deutsch-Russische Museum für die Zurschaustellung ihres Geschichtsrevisionismus gewählt hatten, teilten viele. Deshalb konnte, trotz kurzfristiger Vorbereitung, in Karlshorst eine gute Mobilisierung erreicht werden (Foto). Auch auf dem Münsterlandplatz war der Protest gegen den Aufmarsch von Rechtsextremen nicht zu übersehen.

Trotzdem, es sind noch zu wenige, die sich öffentlich engagieren. Verstärken wir deshalb unsere Anstrengungen im kommenden Jahr, und bleiben wir wachsam. *Erika Rathmann, Gisela Lingenberg; VVN-BdA Lichtenberg e. V.*

Optimistisch ins neue Jahr

Von Bezirksbürgermeisterin
Christina Emmrich

Für das Jahr 2008 wünsche ich den Lichtenbergerinnen und Lichtenbergern Gesundheit, Glück und Optimismus. Mögen Sie und Ihre Familien sich in unserem Bezirk wohl fühlen und weiterhin gern hier leben.

Der Bezirk hat sich im zurückliegenden Jahr gut entwickelt. Der Haushaltsplan für die Jahre 2008/2009 ist beschlossen. 555 Millionen Euro stehen uns im kommenden Jahr für die unterschiedlichsten Aufgaben zur Verfügung.

Mit den ersten 50 Stellen für den öffentlichen Beschäftigungssektor, denen im kommenden Jahr mehr als 300 weitere folgen, kann für das Gemeinwesen notwendige Arbeit finanziert werden.

Der Bürgerhaushalt ist und bleibt eine feste Größe im Bezirk. Ihn weiter zu qualifizieren, war und ist Anliegen vieler.

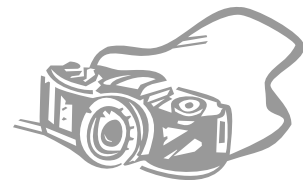
Die vielfältigen Aktivitäten der Ehrenamtlichen effektiver zu unterstützen, wird Anliegen einer Bürgerstiftung sein, die im Jahr 2008 gegründet werden wird.

Vor 100 Jahren erhielt Lichtenberg das Stadtrecht. Vielfältige Veranstaltungen werden im April daran erinnern. Am 1. Mai wird an den nun schon traditionellen Standorten gemeinsam gefeiert und wieder ein deutliches Zeichen für Vielfalt und Toleranz, gegen Rechtsextremismus und Neonazis gesetzt. Im Juni startet dann das 2. Deutsch-Russische Fest auf der Trabrennbahn. Beliebt sind die vielen Kiezfeste.

Herzlichen Dank allen, die sich in den unterschiedlichsten Bereichen engagieren. Ich bin sicher, dass dies auch im Jahr 2008 so bleibt.

In dieser Ausgabe

- Arbeitsplätze im öffentlichen Beschäftigungssektor (Seite 2)
- Eindrücke aus Vietnam (Seite 3)
- Meldungen aus dem Bezirk (Seite 4)
- Eine Schule für alle (Seite 5)
- Berlin ohne Neuverschuldung (Seite 6)
- Faire Chancen für alle (Seite 7)



10 000 Arbeitsplätze

„Nur der Misserfolg ist eine Waise“, sagt der CDU-Bezirksverordnete Winfried Nünthel zum Start des Öffentlichen Beschäftigungssektors (ÖBS) in Lichtenberg. Und so erklärten sich in der BVV plötzlich alle Vertreter der demokratischen Parteien zuständig für das seit dem Rostocker Parteitag 1998 originäre PDS-Projekt, das in seiner Berliner Ausfertigung noch in dieser Legislaturperiode bis zu 10 000 Arbeitsplätze in Berlin schaffen soll.

„Erst die Arbeit“ – erkannten schon Marx und Engels – „macht den Menschen zum Menschen“ und – fügen wir heute hinzu – lässt ihn Mensch bleiben. Das ist keine ideologische, sondern eine zutiefst soziale Frage. Deshalb ist es nicht hinzunehmen, dass in der Bundesrepublik Deutschland Millionen vom Arbeitsprozess ausgeschlossen sind.

Tatsächlich wurden mit der Einführung des § 16 a im Zweiten Sozialgesetzbuch ab dem 1. Oktober 2007 Bezirksamt und Jobcenter mit der Schaffung von 50 Stellen sofort aktiv. 2008 sind mindestens weitere 300 Plätze vorgesehen, auf denen vor allem Langzeitarbeitslose längerfristig versicherungspflichtig tätig

werden können – z. B. in der kommunalen Netzwerkarbeit, im Geschäftsstraßenmanagement oder auch in der außerschulischen Förderung. Nicht jede Entgeltvariante muss dabei mit den Attributen „zusätzlich“ und „im öffentlichen Interesse“ versehen sein.

Die sozialpolitische Sprecherin der Linksfraktion in der BVV, Annegret Gabelin, hob die Vorbildwirkung Berlins bei der Schaffung von öffentlich geförderten Arbeitsplätzen hervor, weil hier eine tarifliche bzw. ortsübliche Bezahlung erfolgt. Sie verschwieg aber auch nicht, dass die bisherigen Regelungen bei weitem nicht dem Anspruch der LINKEN gerecht werden, die Betroffenen aus dem Alimentierungszustand herauszuholen.

Natürlich bietet die Wirklichkeit im Bezirk kein widerspruchsfreies Bild. Mancher Träger hat wohl zuerst die willkommene zusätzliche Geldquelle und nicht den wieder in Arbeit Vermittelten im Auge. „info links“ wird an diesem Problem dranbleiben.

Man wird sehen, ob sich die Bundestagsabgeordneten von CDU, SPD oder Bündnis 90/Grüne bei notwendigen Änderungen der Bundesgesetze auch so engagiert zeigen, wie ihre kommunalen Kollegen. *Joachim Pampel*



Foto: Privat

Werner Müller ist Europacupsieger 2007 im Ultramarathon in der Altersklasse 70 plus. Für drei dieser Wettbewerbe (Rennsteiglauf 76 km, 100 km von Biel, Schwäbisch Alb-Marathon 50 km) benötigte er insgesamt 27 Stunden, 36 Minuten und 50 Sekunden. Sein Jahreslaufpensum beträgt mehr als 3 000 km! Da sind die paar Schritte, die er beim monatlichen Verteilen von 300 „info links“ in Alt-Lichtenberg geht, „Peanuts“ – physisch gesehen. Psychisch sind sie für den Genossen Müller Ehrensache. Danke, Werner! *Joachim Pampel*

Naziungeist lebt

Zur 14. Tagung der BVV am 13. Dezember hat die NPD-Fraktion beantragt, den Anton-Saefkow-Platz in Waldemar-Pabst-Platz umzubenennen. Dazu erklärt Christian Petermann, Vorsitzender der Fraktion der LINKEN in der BVV Lichtenberg:

„Dies zeigt das Unbehagen der Neonazis, an deutsche Antifaschisten erinnert zu werden. Die NPD will einen vom NS-Regime ermordeten Widerstandskämpfer aus dem Straßenland tilgen und durch den Namen eines Mörders ersetzen. Pabst ist persönlich dafür verantwortlich, dass Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg verhaftet und ohne Gerichtsverfahren erschossen wurden. Dass Pabst nicht der aufopferungsvolle Kämpfer für die Demokratie ist, wie die NPD behauptet, wird auch an seiner Beteiligung am rechtsextremen Kapp-Putsch gegen die Weimarer Republik von 1920 deutlich. Seine Freundschaft zu Hermann Göring, seine Leitungsfunktion in der austrofaschistischen ‚Heimwehr‘-Miliz, seine Sympathie zum faschistischen Italien und nicht zuletzt seine Mitgliedschaft in der NPD disqualifizieren Waldemar Pabst für jegliche Ehrung. Dieser Antrag entlarvt erneut, wie tief die NPD im Ungeist des faschistischen Deutschlands verstrickt ist.“

40 Strike Bikes

Unterstützung für die Fahrradwerker in Nordhausen und gleichzeitig Hilfe für Kuba – „info links“ berichtete im Oktober über die Solidaritätsaktion der AG Cuba Si. Jetzt werden die Fahrräder nach Kuba geschickt!

16 605 Euro sind bis zum 31. Oktober im Rahmen der Spendenaktion „Strike Bikes für Kuba“ eingegangen! 30 Fahrräder wurden bei den Besetzerinnen und Besetzern der Bike System Nordhausen GmbH bestellt und der Transport nach Kuba organisiert. Für die „über den Plan“ gespendeten 6 000 Euro wird Cuba Si Fahrradzubehör kaufen.

Einzelne Personen, Vereine und die Bundestagsfraktion DIE LINKE haben darüber hinaus Strike Bikes für Kuba finanziert, so dass Cuba Si insgesamt 40 dieser Fahrräder nach Kuba schicken kann. Wir bedanken uns bei allen Spenderinnen und Spendern! Gemeinsam mit den Fahrradwerkern in Nordhausen haben wir Solidarität globalisiert und ein Zeichen gegen den neoliberalen Irrsinn gesetzt.

Im Dezember 2007 werden die Fahrräder per Schiff auf die Reise nach Kuba gehen und dort den Beschäftigten der Cuba-Si-Landwirtschaftsprojekte übergeben. *AG Cuba Si*

● **Weitere Infos:** www.cuba-si.org

Leserpost

Zu „Chancen in Karlshorst“ in Ausgabe 9 der „info links“ erreichten uns zwei Briefe, die wir auszugsweise veröffentlichen:

● „War Herr Geisels Aussage zur Kaufkraft in Karlshorst ein versteckter Hinweis darauf, dass hier immer mehr gut Betuchte zugezogen sind? Die wollen dann freilich ihr ‚Dahlem des Ostens‘. Wie wär’s dann mit einem Förderverein dieser Herrschaften, der z. B. das Theater Karlshorst sponsert hilft?“ *Horst Berger*

● „So verdienstvoll das Agieren des Bürgervereins in dieser wichtigen Frage ist, so sehr hat mich das kompakte Auftreten namhafter SPD-Politiker befremdet. Sollte hier ein parteipolitisches Süppchen gekocht werden? Ein Vorstandsmitglied der LINKEN war da übrigens nicht besser ...“

Carla Mayer



Eindrücke aus Vietnam

Im November 2007 hatte unser Redaktionsmitglied Inge Junginger die einmalige Gelegenheit – vermittelt von Volkssolidarität und SODI – nach Vietnam zu reisen. Einige ihrer vielen Eindrücke und Erlebnisse möchte sie den „info-links“-Lesern erzählen.

Meine Kumpels

Es waren ehemalige Aufbauhelfer aus der DDR, die nach nunmehr 30 Jahren von Vietnam eingeladen wurden. Die Einladung galt nun auch für mich. So kam ich als einzige Frau mit etwa einem Dutzend Männer in die Stadt Vinh, die am 5. August 1964 von der US Airforce in Schutt und Asche gelegt worden war. 85 000 Menschen sollen damals umgekommen sein.

Die DDR hatte der Bitte Vietnams entsprochen und Ingenieure, Techniker und Baufachleute für den Wiederaufbau geworben. Alle Männer unserer Gruppe hatten sich damals freiwillig gemeldet, um dem schwer zerstörten Land zu helfen. In den siebziger, bis Anfang der achtziger Jahre waren sie zu verschiedenen Zeiten und unterschiedlich lange dort. Sie alle trugen große Verantwortung. Der eine erschloss einen Steinbruch und trug mit seinem Bagger einen halben Berg ab, der nächste gewann mit Spezialschiffen Kies und Sand aus dem Blauen Fluss, wieder ein anderer leitete eine Ziegelei. Der Jüngste, damals frisch gebackener Dr.-Ing. für Tiefbau, projektierte das Wasser- und Abwassernetz für die Stadt. Ein Pädagoge baute eine Berufsschule auf, die heute den Status einer Technischen Hochschule hat.

Immer bedeutete das: die mitgelieferte Technik installieren, aufbauen und gleichzeitig produzieren, die vietnamesischen Kollegen mit der Arbeit vertraut machen. Die lebten in großem Elend, hatten den guten Willen zur Arbeit – und sonst nichts. Ohne den unermüdlichen Einsatz vietnamesischer Dolmetscher hätte gar nichts geklappt.

Jetzt erkannten meine Freunde die Stadt nicht wieder. Damals für 70 000 Menschen geplant, leben dort heute 280 000 – und Vinh soll in Zukunft eine Metropole mit einer halben Million Einwohnern werden.

Die Leitung von Stadt und Provinz zollt unseren Fachleuten hohe Anerkennung und bat um ihren Rat für den weiteren Ausbau der Stadt. Einige, die mit eigenen Firmen noch berufstätig sind, wollen die Solidarität von damals mit den heutigen Möglichkeiten auf

ehrenamtlicher Basis gern fortsetzen. Auch frühere vietnamesische Kollegen sind dabei.

Wir besuchten die Betriebe und sprachen mit den Vietnamesen, die jetzt dort tätig sind. Überall gab es Blumen (für mich) und Geschenke. Zwei Ereignisse beeindruckten mich besonders: ein gemeinsames Essen mit den alten vietnamesischen Kollegen (wo so manchem die Tränen kamen) und die feierliche Semestereröffnung an der Technischen Hochschule. Der Begründer der Schule – der ja unserer Gruppe angehörte – sprach ein würdiges Grußwort.



Ein Höhepunkt

SODI hatte uns ein Buch mitgegeben. Es stammt von dem Dichter Nguyen Du, einem Zeitgenossen Goethes. „Das Mädchen Khieu“ gilt als das vietnamesische Nationalepos, und jeder Vietnameser kann Verse daraus rezitieren. Es ist in viele Sprachen übersetzt worden, nur eine deutsche Übersetzung hatten sie bisher nicht. Nun brachten wir sie mit – und auch die Geschichte der Übersetzung.

1954 war Franz Faber als Korrespondent des „ND“ in Vietnam, interviewte nach der Schlacht von Dien Bien Phu die an den Kämpfen Beteiligten und interessierte sich für das Leben und die Kultur der Vietnamesen. Er lernte auch Ho Chi Minh kennen, dem der gebildete, engagierte sozialistische Journalist aufgefallen war.

Ho übergab ihm eine französische und eine vietnamesische Ausgabe des Epos und bat ihn, es ins Deutsche zu übersetzen. Denn Deutsch sei eine wichtige und ausdrucksstarke Sprache.

Franz Faber ließ seine Ehefrau Irene nach Vietnam nachkommen, und beide lernten mehrere Jahre lang intensiv Vietnamesisch. Gemeinsam nahmen sie die Übersetzung in Angriff, die 1964 im Verlag Rütten & Löning erschien. Er reiste wieder nach Vietnam, um Ho Chi Minh das fertige Buch zu übergeben. Doch inzwischen war in Vietnam wieder Krieg, und so fand es keine Beachtung in der Öffentlichkeit.

An unserem ersten Tag in Vinh, nach einem Besuch im Geburtshaus von „Onkel Ho“, kamen wir mit dem Buch ins Museum. Unser

Unser Reiseleiter Siegfried übergibt im Museum die deutsche Übersetzung des Buches „Das Mädchen Khieu“.

Dolmetscher Luc hatte zuvor über uns informiert, doch es war nur eine junge Frau da, die uns durch das Museum führte und das Buch entgegennahm. So musste die Übergabe wiederholt werden – nun mit dem Museumsdirektor und einem stellvertretenden Kulturminister. Auch die Presse war da. Für Franz Faber, der über 90 Jahre alt ist und eine solche Reise nicht mehr unternehmen kann, übergab man uns eine hinter Glas gerahmte Urkunde, die wir gern übergeben haben.

Gern würde ich noch mehr über Vietnam berichten, vor allem von den Projekten zur Rehabilitation behinderter Kinder, die SODI in Vinh mit Unterstützung der Berliner Volkssolidarität betreut (weitere Informationen im Internet: www.sodi.de). *Inge Junginger*

● **SODI-Spendenkonto** 1020 100, Bank für Sozialwirtschaft (BLZ 100 205 00), Kennwort: Solidarität leben



Sport in den Kitas

Mit der Vorsitzenden des Bildungsausschusses und sportpolitischen Sprecherin der LINKEN in der BVV Lichtenberg, Ingeborg Görzdorf, sprach Inge Uesseler:

● „**info links**“: Im November wurde in der Bezirksverordnetenversammlung u. a. ein Antrag des Sportausschusses behandelt: sich dafür einzusetzen, dass Sportvereine mit ihren Angeboten Zugang zu allen Kitas erhalten. Wie ist die Situation?

● **Ingeborg Görzdorf**: Wir fangen da keineswegs bei Null an. Seit Jahren gibt es in Lichtenberg enge Kontakte zwischen kommunalen Kindereinrichtungen und Sportvereinen. Die Kinder werden mit dem Bus abgeholt und wieder zurückgebracht, spezielle Kitas verstehen sich als „Bewegungskitas“, Vereine schicken ihre Mitarbeiter auch direkt vor Ort – vieles ist vorhanden. Was dieser Antrag zunächst einmal bezweckte, war, dass sich auch die Kitas von Freien Trägern den Vereinen öffnen.

Wenn wir später möglichst wenig dicke Kinder haben wollen, dann muss überall mit

Sport zielgerichtet und frühzeitig begonnen werden.

● „**info links**“: Können nun alle zufrieden sein?

● **Ingeborg Görzdorf**: Noch lange nicht. Was wir bei den Musikschulangeboten erreicht haben, dass alle Kindergartenkinder kostenlos teilnehmen können, ist beim Sport nicht der Fall. Geld für eine Mitgliedschaft im Verein bringen die Eltern zumeist auf, aber entsprechende Kleidung, Beiträge zum Transport usw., das vermögen nicht alle Familien. Ich sag' dazu: Zwei-Klassengesellschaft. DIE LINKE muss sich dafür stark machen, dass einerseits die Sportvereine genügend Mittel zugeteilt bekommen und andererseits im Haushalt 2010/11 Geld für kostenlosen Sport wenigstens der Vorschulkinder zur Verfügung steht. Das ist zumindest mein Ziel. Alles ist genau durchzurechnen. Außerdem sind andere Voraussetzungen zu schaffen. Für Sport braucht es Platz im Freien. Es müssen Sporträume neu oder wieder eingerichtet, Partner gewonnen, Erzieherinnen geschult werden. Vieles ist noch zu tun. Meine Kraft will ich dafür jedenfalls einsetzen.



Foto: Joachim Pampel

Immer wieder wird die Japanische Pagode am Kirschgarten in Hohenschönhausen verunstaltet. Auf Anregung des Kiezaktivisten Ulrich Haegert bewirkte die Bezirksverordnete der LINKEN Ingrid Schilde – hier beide bei einem Vor-Ort-Termin – einen BVV-Beschluss: Das Bezirksamt wird darin auffordert, Pagode und Informationstafel in einen sauberen Zustand zu ver-

setzen und den Schutz vor weiteren Schmierereien zu gewährleisten.

Kirschgarten und Pagode wurden 1995 vom japanischen SAKURA Organisationskomitee als Spende in Würdigung der deutschen Einheit geschaffen. Die Inschrift lautet: „Unter den Zweigen der Kirschbäume in Blüte ist keiner ein Fremder hier“.
Joachim Pampel

++ Kurz gemeldet ++

Projektförderung

Mit zirka 7,4 Millionen Euro hat das Bezirksamt in diesem Jahr Vereine, Projekte und Einrichtungen unterstützt. Das sind fast 2 Millionen Euro mehr als 2005.

Ideenwerkstatt

29 Interessenten nahmen an der Ideenwerkstatt zum leerstehenden Theater Karlshorst teil, zu der Bezirksbürgermeisterin Christina Emmrich am 22. November eingeladen hatte. Dabei wurde Interesse an der Nutzung als Musiktheaterstandort, Festspielstätte und Projektraum für Tanz und freie Theaterformen signalisiert. Bis Jahresende soll über geeignete Betriebsformen beraten werden.

IKEA im Blick

IKEA baut an der Landsberger Allee. Noch bis zum 27. Dezember können die Pläne dafür in der Frankfurter Allee 187, Raum 14412, eingesehen werden (Mo.–Mi. 8–16 Uhr, Do. 8–18 Uhr).

Leerstand

10 Schulen in 15 Gebäuden mit 2 mobilen Raumeinheiten und eine Sporthalle stehen derzeit in Lichtenberg leer. Dies berichtete Bezirkstadtrat Dr. Andreas Prüfer der 13. Tagung der BVV auf eine mündliche Anfrage von Peter Hammels (WAS-B). Die bislang erfolgreichste Nachnutzung ist die KULTSchule in der Sewanstraße 43. Für die Ribnitzer Straße 1b gibt es Kaufinteressenten.

Schwarzer Weg erneuert

Für rund 140 000 Euro ist der Schwarze Weg von der Buchberger Straße bis zum S-Bahnhof Nöldnerplatz erneuert worden. Er erhielt eine neue Asphaltdecke und Entwässerungsmulden. Im Tunnel wurde eine neue Beleuchtungsanlage installiert, vor dem Eingang befindet sich jetzt ein Fußgängerüberweg.

Jugendfreizeitangebote

17 bislang kommunale Jugendfreizeiteinrichtungen wurden am 12. Dezember Freien Trägern übertragen. Das bisherige Angebotsniveau soll durch Leistungsverträge gesichert werden.
J. Pampel

Neu in der LINKEN

Katrin Loewel (67) ist nach der Gründung der LINKEN in die Partei eingetreten. Über die Gründe für diesen Schritt hat Daniel Tietze das Neumitglied befragt.

● **info links:** Du bist kurz nach der Parteifusion in die LINKE eingetreten. Warum gerade zu diesen Moment?

● **Katrin Loewel:** Ich habe auf eine gesamtdeutsche linke Partei gewartet, welche die Erfahrungen aus Ost und West in sich vereint. Die PDS war mit ihrer Fixierung auf die DDR-Geschichte nicht immer meine Partei.

● **info links:** Waren die WASG und Oskar Lafontaine für Dich Gründe, einer neuen LINKEN beizutreten?

● **Katrin Loewel:** Die WASG war als westdeutscher Flügel der sozialdemokratischen und gewerkschaftsnahen Linken nicht stark im Alltag verwurzelt. Jedoch hat die Person Lafontaine mich für diese neue Partei interessiert – insbesondere sein leidenschaftlicher Kampf für die sozialdemokratischen Wurzeln hat mich überzeugt.

● **info links:** Aus welcher „politischen Ecke“ stammst Du, und was erwartest Du von der neuen LINKEN?

● **Katrin Loewel:** Ich erwarte eine politische Heimat, eine glaubwürdige Partei, die für soziale Gerechtigkeit sowie gegen neoliberale Politik und völkerrechtswidrige Kriegseinsätze der Bundeswehr kämpft. Früher stand ich links von der Sozialdemokratie, habe aber nach der rot-grünen Regierungszeit das Vertrauen in die SPD verloren.



Foto: Daniel Tietze

● **info links:** Welche Erfahrungen könnte Deiner Meinung nach die LINKE vom linken Flügel der SPD übernehmen?

● **Katrin Loewel:** Die LINKE sollte das ehemalige Wahrheitsmonopol der damaligen SED abstreifen und aus der linken Sozialdemokratie die Leidenschaft für einen demokratisch verfassten Sozialismus übernehmen.

● **info links:** Wo und wie möchtest Du in dieser Partei aktiv sein?

● **Katrin Loewel:** Ich beteilige mich in der AG Neumitglieder und treffe mich monatlich mit Gleichgesinnten. Darüber hinaus will ich mich in den Bereichen Umwelt und Tierschutz für die LINKE einbringen.

Nach außen wirken

„Öffentlichkeitsarbeit geht alle an!“ lautet die Überschrift einer vom Bezirksvorstand beschlossenen Diskussionsgrundlage. Drei wichtige Festlegungen nach der Debatte dazu seien hier besonders hervorgehoben:

→ Anpassung unserer Internetseiten (Vorstand und Fraktion) an das Erscheinungsbild der Berliner LINKEN,

→ die inhaltliche Weiterentwicklung des Web-Auftritts und von „info links“ sowie

→ das Erstellen einer fortlaufenden Themensammlung.

Wir haben nicht zu wenig Medien, sondern zu wenig Zugriffe darauf. Und für Vorschläge und Verbesserungen sind nicht nur die Haupt- und Ehrenamtlichen verantwortlich – wir brauchen die Mitarbeit möglichst vieler unserer Mitglieder: Bringt Euch und Euere Ideen ein!

Die Diskussionsgrundlage zur Öffentlichkeitsarbeit steht auf der Tagesordnung einer Klausurberatung des neu gewählten Bezirksvorstandes Anfang nächsten Jahres, ebenso die zur Weiterentwicklung unserer Strukturen und die zur Zusammenarbeit mit Vereinen und Verbänden. Sie müssen jetzt mit Maßnahmen unteretzt werden.

Wolfgang Schmidt

Lange Nacht der Politik

Diskussionsthemen: Bildung, Jugend, Rechtsextremismus, Arbeit und Hartz IV, Energie für Lichtenberg u.v.a.m.

● **Freitag, 18. Januar 2008, 17 – 23 Uhr, Rathaus, Möllendorffstraße 6**

Eine Schule für alle

Von der 1. Bildungspolitischen Konferenz der Partei DIE LINKE (23.–25. November in Hamburg)

In Hamburg ist Wahlkampf, das Straßenbild geprägt von den bekannten Plakaten an Bäumen und Laternen. Doch mittendrin ein Plakat mit einem lachenden Kind zu dem Text: „Schlauer. Eine Schule für alle. DIE LINKE.“ Dazu der Hinweis auf die 1. Bildungspolitische Konferenz: „Bessere Bildung für alle – Bildung ist Menschenrecht, keine Ware.“

Bessere Bildung für alle – wie soll eine Schule für alle sein? Einig waren sich die ca. 150 Teilnehmer, dass es keine Chancengleichheit in der Bildung unter den derzeitigen gesellschaftlichen Bedingungen und mit dem gegliederten Schulsystem geben kann. Auch

das zweigliedrige Modell einer einheitlichen Grundschule und danach Gymnasium einerseits und der Rest der Kinder in einer Sekundarschule andererseits, wurde von den Teilnehmern der Konferenz abgelehnt. Dieses Modell tarnt sich fortschrittlich, da es die Hauptschule ablehnt, zementiert aber die frühe Schulwegentscheidung.

Die Konferenz fordert gemeinsames Lernen aller Kinder in der Gemeinschaftsschule, die als demokratische Ganztagschule in öffentlicher Hand organisiert ist. Über den Weg dahin und die inhaltliche Ausgestaltung wurde in Arbeitsgruppen intensiv diskutiert.

Das stellte den Zusammenhang her zum zweiten Teil des Konferenzmottos: „Bildung ist ein Menschenrecht, keine Ware“. Privatisierung macht Bildung zur Ware, die man sich kaufen kann oder nicht. Bildung wird nur noch unter dem Aspekt der ökonomischen

Verwertbarkeit betrachtet. Die soziale Seite der Bildung, nämlich Bildung als Allgemeingut, als eine Voraussetzung für ein erfülltes Leben, wird dabei an den Rand gedrängt. Der Ruf nach mehr Privatschulen entstand nach Meinung der Teilnehmer auch dadurch, dass der Staat an der Bildung so sehr spart, dass nur noch die Privatisierung Rettung vor der Misere verspricht.

Christina Zühlke

Bitte beachten

Die Geschäftsstelle bleibt entsprechend tariflicher Vereinbarung und wegen Urlaub vom **24. Dezember 2007 bis 4. Januar 2008** geschlossen. Bitte alle noch ausstehenden Mitgliedsbeiträge für 2007 bis spätestens 21. Dezember abrechnen.

Wolfgang Schmidt

Rot-rote Handschrift

Der Doppelhaushalt 2008/2009 kommt – was bundespolitisch ganz selten ist – ohne Neuverschuldung aus. Es werden sogar die ersten Schulden abbezahlt. Dennoch ist bei 60 Mrd. Verschuldung weiterhin strengste Konsolidierung angesagt. Aber: Seit 2002 hat Rot-Rot unsere Stadt schrittweise aus der Schuldenfalle geführt. Und auch deutliche rot-rote Prioritäten gesetzt ...

Prioritäten untermauert

Wie in Ausgabe 8 angekündigt, hat DIE LINKE gekämpft und durchgesetzt:

- 41 bzw. 66 Mio. Euro (2008 bzw. 2009) für 10 000 Stellen (statt 2 500) im öffentlich geförderten Beschäftigungssektor;
- trotz massiven Drucks keine Privatisierung von öffentlichem Eigentum;
- das bundesweit einmalige Sozieticket zu konstanten 33,50 Euro (nicht mehr zu 50% der ständig teurer werdenden Umweltkarte);
- zusätzlich 3 Ärzte und 10 Sachbearbeiter für die Beschleunigung bei der Erteilung von Schwerbehinderten-Ausweisen;
- 100 000 Euro/Jahr mehr zum Familienpass;
- 4,2 Mio. Euro Subventionen für ein bezahlbares Mittagessen in den Grundschulen;
- für kulturelle Bildung 1,5 bis 3,6 Mio.;
- 3 Mio. Euro für die Wahrung der Chancengleichheit von Frauen in der Wissenschaft;
- 50 Mio. Euro für die Bädersanierung;
- 500 000 Euro zusätzlich für die unentgeltliche Nutzung von Kita-, Schul- und Vereinsgebäuden durch freie Träger;
- eine Aufstockung des Programms gegen Rechtsextremismus um 0,4 Mio. (2008) sowie um 0,5 Mio. Euro (2009), um den Wegfall von Bundesmitteln auszugleichen.

Bezirke entlastet

SPD und LINKE werden nach den Haushaltsberatungen ein transparentes Zumessungssystem für die Bezirke entwickeln, das ab dem Haushalt 2010 gelten soll.

Bereits bei der Haushaltsplanaufstellung wurden die Hilfen zur Erziehung um 29 Mio. Euro erhöht und die Auflagen zur Personalreduzierung um 50 Prozent (25 Millionen Euro) gesenkt. Und es wurden weitere Verbesserungen erstritten:

- 24 neue Stellen für die Jugendämter sowie 88 neue Stellen für die Ordnungsämter, wofür auch Außeneinstellungen möglich sind



Frohe Weihnachten und ein gesundes neues Jahr wünschen Peter-Rudolf Zotl (hier leicht verfremdet in einer Kita seines Wahlkreises) und die anderen Lichtenberger Abgeordneten.

Foto: privat

- Neueinstellungen auch beim Öffentlichen Gesundheitsdienst, nachdem seine Umprofilierung abgeschlossen ist, so dass die Forderung der LINKEN nach insgesamt etwa 150 zusätzlichen Stellen für die Bezirke erfüllt werden wird;
- etwa 10 Mio. Euro gibt es zusätzlich z. B. für Hilfen zur Erziehung, für den Deutschunterricht von fremdsprachigen Müttern, die Schuldnerberatung und den Schutz vor „Gammelfleisch“.

Bezirke geschützt

Friedrichshain-Kreuzberg, Marzahn-Hellersdorf, Mitte, Pankow und Spandau haben erhebliche Schulden – resultierend aus unge-

deckten Mehrausgaben der letzten Jahre – abzuzahlen. Die Koalition hat – gegen die Senatsverwaltung für Finanzen – diese Bezirke vor einer Zwangsbewirtschaftung geschützt, indem sie keine Haushaltssperre verhängte.

Die Finanzverwaltung wurde hingegen verpflichtet, mit diesen Bezirken machbare Konsolidierungskonzepte zu verabreden, ohne dass ihnen das Geld vorab gekürzt wird. In Friedrichshain-Kreuzberg, Mitte und Pankow müssen allerdings die BVV erst einen Bezirkshaushalt verabschieden.

Auch andere rigide Eingriffe in die Bezirks Haushalte, die die Senatsverwaltung für Finanzen wollte, wurden vor allem auf Drängen der LINKEN nicht umgesetzt. -tl

Unsere Sprechstunden

So sind die Lichtenberger Vertreter im Berliner Abgeordnetenhaus zu erreichen:

- **Evrin Baba:** ☎ 0172-39 25 870, 21. Dezember und 25. Januar 2008, jeweils 17 Uhr, Nachbarschaftshaus, Welsestraße 32
- **Marion Platta:** ☎ 0170-698 92 55, 17. Januar, 17 Uhr, Klub „Magnet“, Strausberger Straße 5
- **Prof. Dr. Stefanie Schulze:** ☎ 0163-717 89 90, 25. Januar, 18 Uhr, Kiezspinne, Schulze-Boysen-Straße 38; 16. Januar, 17 Uhr, Abgeordnetenhaus

- **Giyasettin Sayan:** ☎ 0171-703 01 63, 9. Januar und 6. Februar, jeweils 17 Uhr, KULTschule, Sewanstraße 43 (mit Rechtsanwältin Birgit Stenzel); montags, 13 Uhr, Abgeordnetenhaus
- **Mari Weiß:** ☎ 2325 2563, Termine nach Vereinbarung
- **Dr. sc. Peter-Rudolf Zotl:** ☎ 0151-1560 2356, 23. Januar, 18 Uhr, Nachbarschaftshaus, Am Berl 8–10; 21. Januar, Abgeordnetenhaus (Raum 417 a)

Auch Termine nach Vereinbarung sind möglich. Gern kommen wir in Basis- und Bürgerveranstaltungen. **Ladet uns ein!**

Faire Chancen für alle – hierzulande und in Europa

von Gesine Löttsch, MdB

Sozial = unbezahlbar?

In der letzten Novemberwoche wurde im Bundestag der Haushalt verabschiedet. Gebetsmühlenartig warf Finanzminister Peer Steinbrück der LINKEN vor, wir wollten Geld ausgeben, das nicht vorhanden sei.

Mit über 283 Milliarden ist eine Menge Geld in der Kasse. Aber wofür wird es verwendet? Gern argumentiert die Regierungskoalition, die hohen Sozialausgaben (insgesamt 124 Milliarden Euro) wären ein Ausweis für eine besonders soziale Politik. Aber stimmt das wirklich? Sind die hohen Ausgaben nicht eher Beweis für die soziale Schieflage?

Nach Angaben der Bundesregierung müssen z. B. ca. 8,5 Milliarden Euro für sogenannte „Aufstocker“ aufgebracht werden. Das sind Menschen, die zwar eine Erwerbstätigkeit haben, aber dafür nur einen derartigen Hungerlohn bekommen, dass sie zusätzliche finanzielle Hilfe „vom Amt“ brauchen. Zu einem nicht geringen Teil kommt der viel beschworene Aufschwung eben durch skandalöse Niedriglöhne zustande. Die sozialen Risiken der Marktwirtschaft werden von den Unterneh-

men gern auf den Staat und damit auf die Steuerzahler abgewälzt.

Mit der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes würde dieses Problem sofort behoben sein. Ein Leben in Würde wäre möglich, und der Haushalt könnte entlastet werden.

Hätten wir nur die durchschnittlichen Steuern und Abgaben wie die anderen OECD-Länder, so könnten wir Milliarden mehr in die soziale und kulturelle Infrastruktur, in Bildung und Forschung investieren. Aber schon mit Umschichtungen im jetzigen Haushalt ließe sich eine Menge machen.

Proeuropäisch, aber kritisch

In einer Regierungserklärung am 12. Dezember lobte die Bundesregierung den vorliegenden EU-Vertrag als Meilenstein und auch als ein Ergebnis der Ratspräsidentschaft der Bundesrepublik.

Die PDS hatte – zu der Zeit im Parlament leider nur durch Petra Pau und mich vertreten – im Bundestag den damals vorliegenden Verfassungsentwurf abgelehnt. Unsere Position entsprach auch den Ergebnissen der Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden. Inzwischen ist aus dem Verfassungsentwurf ein „Reformvertrag“ geworden, dem nirgends mehr das Volk, sondern immer nur das Parlament zustimmen muss.

Wir haben den Reformvertrag genau danach überprüft, ob unsere wesentlichen Kritikpunkte noch stimmen. Ergebnis: Weder Sozialstandards sind festgeschrieben, noch ist

Kontakt

Die Lichtenberger Bundestagsabgeordnete **Dr. Gesine Löttsch** ist erreichbar:

● Wahlkreisbüro, Ahrenshooper Straße 5, 13051 Berlin, ☎ 9927 0725, oder im Bundestag, ☎ 2277 1787

● Sprechstunde:

Montag, 28. Januar 2008, 17 Uhr, Wahlkreisbüro (bitte anmelden!), und nach Vereinbarung

Sehr gern kommt Dr. Gesine Löttsch in Einwohner- und Basisberatungen. **Ladet sie ein!**

eine Abrüstungsstrategie verankert worden. Ganz im Gegenteil: Die Neoliberalen haben sich sowohl auf dem Gebiet der Sozialpolitik als auch in Sachen Aufbau einer europäischen Rüstungsagentur durchgesetzt. Unsere Forderung nach Volksabstimmung, die seinerzeit auch von den Liberalen erhoben wurde, wird weiter ignoriert. 76 Prozent der Bundesbürger fordern eine Volksabstimmung über den EU-Reform-Vertrag. Ebenso viele sind es in Frankreich, Italien, Spanien und Großbritannien.

Wenn wir aus diesen drei Hauptgründen (keine Sozialstandards, keine Abrüstungsstrategie, keine Volksabstimmungen) gegen den neuen EU-Vertrag stimmen werden, heißt das nicht, dass wir gegen die europäische Einigung sind. Das ist ein absurder Vorwurf. Wir treten für ein Zusammenrücken der europäischen Länder ein und fordern faire Chancen für die neuen Mitgliedsstaaten. Wir wissen auch, dass vor allem viele junge Menschen von den offenen Grenzen profitieren und wertvolle Erfahrungen beim Studium und bei der Ausbildung im europäischen Ausland sammeln.

Unsere Anforderungen an Europa sind aber weitergehend. Wir wollen, dass in allen Mitgliedsländern soziale Mindeststandards gelten und dass es nicht möglich ist, Menschen auszubeuten und gegeneinander auszuspielen, nur weil sie aus unterschiedlichen Mitgliedsstaaten kommen. Und wir wollen statt einer europäischen Rüstungsagentur Investitionen in eine zivile Zukunft. Das ist das Europa, das wir meinen. Das Europa der Bürgerinnen und Bürger, über dessen Entwicklung sie selbst mitentscheiden können.

Gesine Löttsch und Alfred Biolek bei der Buchpräsentation von „Das Parlament kocht“. In diesem Kochbuch stellen Abgeordnete ihre Lieblingsrezepte vor.





Buch-Tipp



Priester der Klio

Auch nach dem Ende der DDR setzt das große Kapital den kalten Krieg fort: umfassende Delegitimierung, juristische Verfolgung, politische, wirtschaftliche und soziale Benachteiligung ehemaliger DDR-Bürger, Rentenunrecht und -strafrecht sind die bekanntesten Werkzeuge. Eine wachsende Rolle spielt die massive Verfälschung der deutschen Nachkriegsgeschichte, besonders der DDR-Geschichte. Mit Hetzfilmen wie „Die Frau vom Checkpoint Charlie“ wurde dabei eine neue Offensive der Massenmanipulation eröffnet. Im Zusammenwirken mit dem Ostdeutschen Kuratorium von Verbänden (OVK)

hat der Kai-Homilius-Verlag mit der Publikation „Priester der Klio“ eine wertvolle Waffe gegen neokonservative Geschichtsklitterung geschmiedet – das ausführliche Protokoll eines Kolloquiums über Verfälschung und Klitterung der DDR-Geschichte, das am 20. März 2007 in Berlin stattfand. Historiker, Journalisten, Juristen, andere Wissenschaftler kommen zu Wort. Sie setzen sich z. B. kritisch mit der Arbeit der sogenannten Eppelmann-Kommission und der Umsetzung ihrer „Erkenntnisse“ über die DDR in die offizielle Staatspolitik der BRD auseinander. Wer sich dafür interessiert, wie es wirklich gewesen ist, ganz besonders Jüngere, denen die eigene Anschauung fehlt, werden hier wichtige Erkenntnisse schöpfen.

Hans Kaiser

- **„Priester der Klio? Neokonservativer Geschichtsklitterung Paroli bieten“**, hrsg. von Dieter Becker und Siegfried Mechler, Kai Homilius Verlag, Berlin 2007, ISBN 978-3-89706-851-3, 9,90 €

Jazz im Advent

An dieser Stelle wird Kulturstadträtin Katrin Framke in unregelmäßigen Abständen ihren ganz persönlichen Kulturtipp für die „info-links“-Leser abgeben.

„In meinem Kalender steht dick angekreuzt: ‚Jazz im Advent‘, am Sonntag, dem **16. Dezember, 15 Uhr** – Musik zum Hören und Tanzen als Veranstaltung des Bezirksamtes und des Jazz Treffs Karlshorst e. V. im großen Saal des Kulturhauses Karlshorst. Ich freue mich besonders auf die Gewinner des 7. ‚Jazz und Blues Award Berlin – Special Vocal Jazz‘. Die Jazzvocals spielen auf, dazu das Crocodile Princess Jazz Orchestra. (Anmeldung unter Telefon 47 55 00 94).

Frohe Weihnachten und ein gesundes 2008 wünscht Ihnen Katrin Framke.“



Foto: Privat

Kulturstadträtin Katrin Framke

info links

Herausgeber

DIE LINKE – Landesvorstand Berlin, Redaktionskollektiv, V.i.S.d.P. Manfred Niklas

Adresse der Redaktion

Geschäftsstelle der Partei DIE LINKE, Alfred-Kowalke-Straße 14, 10315 Berlin

Telefon: 030/512 20 47

Fax: 030/51 65 92 42

E-Mail: lichtenberg@die-linke-berlin.de

Web: www.die-linke-lichtenberg.de

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Manuskripte sinnwährend zu kürzen. Namentlich unterzeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Fall der Meinung der Redaktion.

Redaktionsschluss für 10/07: 10.12.2007

Redaktionssitzungen für die Ausgabe 1/08:

Mittwoch, 9.1. und 23.1.2008, jeweils 16 Uhr

Abgabeschluss für Texte und Fotos: 21.1.2008

Die nächste Ausgabe erscheint am 31.1.2008

Druck: Druckerei Bunter Hund

Gestaltung: Jörg Rückmann

Diese Zeitung wird durch Spenden finanziert.

Kultur im Bezirk

- **Sonntag, 16.12., 17 Uhr**
Weihnachtsoratorium (J. S. Bach); „Kirche zur frohen Botschaft“, Weseler Straße 6, Straßenbahn M17, 27
- **Montag, 17.12.**
Musikalisch-literarische Lichterfahrt durch Berlin, Bezirksamt/Volkssolidarität, Karten und Abfahrtszeiten unter Telefon 902 96 86 72
- **Dienstag, 18.12., 14.15 Uhr**
„Ein Jahr nimmt seinen Lauf“, mit dem Lichtenberger Literaturkreis; Freizeittreff Alt-Hohenschönhausen, Konrad-Wolf-Straße 67, Straßenbahn M5, M6, 16
- **Donnerstag, 20.12., 14 Uhr**
„Stille Nacht, heilige Nacht“, mit Gerd Christian und „The Voices“; Seniorenbegegnungsstätte, Einbecker Straße 85
- **Montag, 24.12., 13 – 16 Uhr**
Weihnachtsfeier für einsame Bürger; Saal Begegnungsstätte „Wir ab 50“, Joachimsthaler Straße 2, Straßenbahn M6, M16 und Bus 256
- **Montag, 24.12., 15 – 18 Uhr**
Heiliger Abend für einsame Bürger zu weihnachtlichen Klängen; Seniorenbegegnungsstätte, Judith-Auer-Straße 8, Straßenbahn M5, M6, M13 und 16
- **Montag, 31.12., 14 Uhr**
Silvestertanz mit Ogi; „Rusche 43“, Nähe U-Bhf. Magdalenenstraße (Anmeldung erforderlich, Telefon 559 23 81)
- **Wochenende 26./27.1., jeweils 15 Uhr**
Jahreskonzert zu Ehren von Ernst Busch; Russisches Haus der Wissenschaft und Kultur; Friedrichstraße 176 (Karten unter Telefon 20 30 23 20)
- **Donnerstag, 31.1., 18 Uhr**
„Chinatraum“, Dr. Wolfram Adolphi liest aus seinem gleichnamigen Buch; KULT-schule, Sewanstraße 43
- **Ausstellungen:**
→ „ARKADIEN“, Fotografie von Winfried Melzer; studio im hochhaus, Zingster Straße 25, Mo.–Do. 11–19 Uhr, Fr. 11–16 Uhr, So. 14–18 Uhr, feiertags geschlossen, noch bis 6.1.2008
→ Heribert Bücking: „Unterm St(ri)ch – der Kupferstich der Moderne“; Galerie Karlshorst, im Kulturhaus, Mo.–Fr. 10–18 Uhr, Sa. 11–16 Uhr, 24. und 31.12. geschlossen, noch bis 15.1.2008.
→ „Stalingrad“, Ausstellung der Nachrichtenagentur RIA Nowosti; Deutsch-Russisches Museum Karlshorst, Di.–So. 10–18 Uhr, Zwieseler Straße 4, noch bis 24.2.2008